

**Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen
der Gemeindefeuerwehr Daisendorf**

Aufgrund § 4 der Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg in Verbindung mit § 15 des Feuerwegesetzes (FwG) für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 9. April 2002 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Entschädigung für Einsätze

- (1) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr erhalten für alle Einsätze auf Antrag ihre Auslagen und ihren Verdienstaussfall als Aufwandsentschädigung nach einem einheitlichen Durchschnittssatz ersetzt; dieser beträgt für jede volle Stunde 10,00 EURO.
- (2) Die Berechnung der Zeit ist über die Dauer des Einsatzes von der Alarmierung bis zum Einsatzenende zugrunde zu legen. Angefangene Stunden werden auf volle Stunden aufgerundet.
- (3) Bei Einsätzen, bei denen der Körper oder die Kleidung der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr außergewöhnlich verschmutzt wird, erhöht sich der Durchschnittssatz um 1,00 EURO je zu entschädigende Stunde.
- (4) Für Einsätze mit einer Dauer von mehr als zwei aufeinanderfolgenden Tagen werden der entstehende Verdienstaussfall und die notwendigen Auslagen in tatsächlicher Höhe ersetzt (§ 15 Abs. 4 Feuerwegesetz).

§ 2 Entschädigung für Aus- und Fortbildungslehrgänge

- (1) Für die Teilnahme an Aus- und Fortbildungslehrgängen mit einer Dauer von bis zu zwei aufeinanderfolgenden Tagen wird auf Antrag
 - a) für Auslagen ein Durchschnittssatz von 5,00 EURO für die ersten drei Stunden und von 4,50 EURO für je weitere angefangene drei Stunden und
 - b) bei tatsächlich entstandenem Verdienstaussfall ein Durchschnittssatz von 10,00 EURO/Stunde gewährt.
 - c) Entsteht kein Verdienstaussfall, wird zusätzlich ein Betrag in Höhe von 3,50 EURO/Stunde gewährt (Freiwilligkeitsleistung).

Die Entschädigung beinhaltet den Verdienstaussfall, den Auslagenersatz und den Ersatz der Fahrtkosten.

- (2) Der Berechnung der Zeit ist die Dauer des Aus- und Fortbildungslehrganges vom Unterrichtsbeginn bis –ende zugrunde zu legen. Angefangene Stunden werden auf volle Stunden aufgerundet.
- (3) Für Aus- und Fortbildungslehrgänge mit einer Dauer von mehr als zwei aufeinanderfolgenden Tagen werden der entstehende Verdienstaussfall und die notwendigen Auslagen in tatsächlicher Höhe ersetzt (§ 15 Abs. 4 Feuerwegesetz)

§ 3 Entschädigung für Feuersicherheitswachen

Feuersicherheitswachen werden auf Antrag mit einem Durchschnittssatz von 10,00 EURO pro Stunde und Feuerwehrangehörigem entschädigt.

§ 4 Zusätzliche Entschädigungen

(1) Die nachfolgend genannten ehrenamtlich Tätigen der Gemeindefeuerwehr, die in der Aus- und Fortbildung der Gemeindefeuerwehr bzw. durch andere Tätigkeiten als in der Aus- und Fortbildung über das übliche Maß hinaus Feuerwehrdienst leisten, erhalten eine zusätzliche Entschädigung im Sinne des § 15 Abs. 2 des Feuerwehrgesetzes:

❖ Feuerwehrkommandant	500,00 EURO/Jahr
❖ Stellv. Kommandant	300,00 EURO/Jahr
❖ Kassenverwalter	100,00 EURO/Jahr
❖ Schriftführer	100,00 EURO/Jahr
❖ Jugendfeuerwehrwart	300,00 EURO/Jahr
❖ Stellv. Jugendfeuerwehrwart	200,00 EURO/Jahr
❖ Gerätewart	360,00 EURO/Jahr

Die Auszahlung für den/die Gerätewart/e erfolgt nach Aufwand und nach Absprache mit dem Feuerwehrkommandanten und dessen Stellvertreter.

§ 5 Entschädigung für haushaltsführende Personen

Für Personen, die keinen Verdienst haben und den Haushalt führen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 Feuerwehrgesetz) sind die §§ 1 und 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass als Verdienstausschlag das entstandene Zeitversäumnis gilt. Bei Einsätzen und Aus- bzw. Fortbildungslehrgängen mit einer Dauer von mehr als zwei aufeinanderfolgenden Tagen wird neben der Entschädigung für die notwendigen Auslagen als Verdienstausschlag 10,00 EURO/Stunde gewährt.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Mai 2002 in Kraft.

Ausgefertigt:

Daisendorf, 9. April 2002

Helmut Keser
Bürgermeister

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO bei Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.